

NZZ am Sonntag

SVP-Initiative

Vom Völkerrecht profitiert der Kleinstaat am meisten

Die SVP hat angekündigt, sie überlege sich die Lancierung einer Volksinitiative, die Schweizer Landesrecht generell über das internationale Recht - zwingendes Völkerrecht ausgenommen - stellen wolle. Die Partei möchte so Druck machen für die Umsetzung ihrer Ausschaffungs- und Masseneinwanderungsinitiative, im Visier hat sie vor allem die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), die von den Richtern in Strassburg zum Teil tatsächlich extensiv ausgelegt wird. So wie es die Schweizer Bundesrichter taten, die bis zur Verfassungsrevision von 1999 mehrere ungeschriebene Freiheitsrechte, etwa die persönliche Freiheit, geschaffen haben. Das Problem an einer solchen SVP-Initiative wäre aber nicht der wegfallende Rechtsschutz aus Strassburg. Grundrechte hatte die Schweiz auch ohne EMRK. Gefährlich sind die Pläne der SVP, weil sie das einfach zu ändernde Schweizer Recht generell dem internationalen Recht überordnen wollen, was dessen Geringschätzung und Umgehung erleichtern würde. Recht ist aber auch international das einzige Korrektiv zur Macht. Imperien sind darauf nicht so sehr angewiesen; für einen unabhängigen Kleinstaat wie die Schweiz können internationale Normen und Verträge aber existenziell sein. In der Ostukraine und auf der Krim finden sich derzeit Beispiele dafür. (tis.)

Stagnierende Euro-Zone

An allem ist das Wetter schuld

Was hat man sich diesen Sommer über die Tiefdruckzone geärgert, die ständig Regen übers Land schüttete. Niederschlagend tönt auch die Meldung, die deutsche Wirtschaft sei im zweiten Quartal um 0,2 Prozent geschrumpft. Daran sei auch das Wetter schuld, sagen die deutschen Statistiker: Wegen des «milden Winters» habe die Baubranche viele Aufträge schon im ersten Quartal ausgeführt, so dass diese im zweiten Quartal fehlten. Wenn das der Grund ist, braucht man sich keine Sorgen zu machen. Doch waren die Exporte eher schwach, die Investitionen zurückhaltend, die Risiken in Russland verunsichernd. Auch Italiens Wirtschaft schrumpfte um 0,2 Prozent, Frankreich stagnierte. Das ist beunruhigend, weil die Auguren für Italien und Frankreich mit Stillstand rechnen, bei Deutschland aber immer noch 1,5 Prozent Wachstum sehen. Auch wenn die Europäische Zentralbank weiterhin die Geldschleusen offenhält und die Zinsen tief sind: Rom und Paris kommen bei den dringend nötigen Reformen kaum voran. Englands Wirtschaft hingegen soll dieses Jahr um drei Prozent wachsen. In London und Umgebung leben bereits heute rund 250 000 Franzosen. Sie sind kaum aus meteorologischen Gründen weggezogen. (dah.)

Stadion in Zürich

Lob den Stimmbürgern

In der Zürcher Stadtregierung und bei den Verantwortlichen der Fussballklubs GC und FCZ war die Enttäuschung vor einem Jahr riesig. Das Stimmvolk lehnte den Bau eines neuen Fussballstadions ab. Umstritten waren vor allem die hohen Kosten von 216 Millionen Franken. In der Folge wurden neue Projektideen für alle möglichen Gebiete inner- und ausserhalb der Stadt herumgereicht. Nun will der Stadtrat zum ursprünglichen Projekt zurückkehren. Neu sind neben dem Stadion zusätzliche Wohnungen für den freien Markt geplant, wodurch sich die Kosten für die Steuerzahler reduzieren lassen. Das zeigt, wie richtig es war, das überrassene Projekt zurückzuweisen. Nun ist zu hoffen, dass Zürich bald ein taugliches Fussballstadion bekommt. (be.)

Chappatte hört ab



Der externe Standpunkt

Die Verlogenheit der Grünen im Kampf gegen die Ecopop-Initiative

Für einige Grüne ist die Menschenzahl kein Umweltfaktor. Wer anderer Ansicht ist, gilt als «unheimlicher Ökologe». Das ist eine Verunglimpfung Andersdenkender – und der Uno, **schreibt Dieter Steiner**

Alle, die sich Gedanken über die ökologischen Auswirkungen des Bevölkerungswachstums machen, sei es in der Schweiz (wo die Zuwanderung überbietet) oder in den Ländern des Südens (wo es immer noch exzessive Geburtenüberschüsse gibt), sind Rassisten und Eugeniker. Das sind Menschenhasser, richtig ungrün, denn grüne Politik stellt doch das Wohl des Menschen in den Mittelpunkt. Das ist die Kernaussage eines Beitrags des grünen Nationalrates Balthasar Glättli, den er vor zwei Wochen in dieser Zeitung publiziert hat und der sich auf ein diese Woche erscheinendes, von ihm mitverfasstes Buch stützt.

Diese Erkenntnisse von Glättli folgen den Thesen der deutschen Ex-Grünen Jutta Ditfurth («Entspannt in die Barbarei», 1996), die nur den Menschen auf diesem Planeten einen Wert zuspricht. Respekt gegenüber der Natur zu haben, ist «Ökofaschismus». Allerdings war Glättli noch vor kurzem Mitunterzeichner eines Postulats der FDP-Nationalrätin Doris Fiala, in dem der Bundesrat gebeten wurde aufzuzeigen, wie eine verstärkte Familienplanung «die Geburtenexplosion in vielen Entwicklungsländern» eindämmen könne. Das wirklich Schlimme an dieser Verlogenheit ist aber dies: Wenn Glättli meint, das Uno-Menschenrecht auf freie Familienplanung, wie es an einer Konferenz in Teheran 1968 erstmals proklamiert wurde, entspringe «Herrenmenschenträumen», verunglimpft er die Uno als Weltgemeinschaft und tritt die Selbstbestimmung der Frauen mit Füssen.

Natürlich weiss ich, dass Politik kein vernunftgeleitetes, sondern ein mitunter heuchlerisches Geschäft ist, aber wenn Vertreter der Grünen Partei, zu der ich selbst gehöre, nach diesem Rezept verfahren, schockiert es mich. Sollte es allenfalls ganz einfach nur durch Karrierestreben zu erklären sein? Dann würde man wenigstens von den Arrivierten im Bundeshaus seriöses Arbeiten und Kommunizieren erwarten dürfen. Aber auch hier: Fehlanzeige. In Äusserungen zur Ecopop-

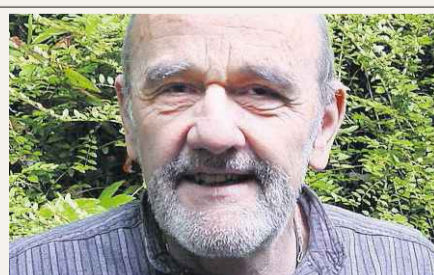
Initiative hat Bundesrätin Simonetta Sommaruga eine Unterstützung der freiwilligen Familienplanung als «Kolonialismus» und als «Herrenmenschentum» gebrandmarkt und dabei vergessen, dass sie als Ständerätin eine Interpellation ihrer Kollegin Liliane Maury Pasquier unterschrieb, die vom Bundesrat Auskunft über die Umsetzung des Aktionsprogramms der Bevölkerungskonferenz in Kairo 1994 verlangte, in dem Familienplanung ein wichtiger Punkt war. Verlogenheit also auch hier. Es ist beschämend, dass schweizerische Politiker und Politikerinnen auf diese Weise die Arbeit der Uno und insbesondere auch deren Millenniumsziel 5, «Gesundheit der Mütter», desavouieren.

Aber zurück zu Glättli. Er foutiert sich auch um die aus der Uno-Konferenz in Rio von 1992 stammende und von der Schweiz unterzeichnete «Agenda 21», in der es heisst: «Es sollten einzelstaatliche bevölkerungspolitische Ziele und Programme aufgestellt und umgesetzt werden, die der auf Nachhalt-

tigkeit ausgerichteten Umwelt- und Entwicklungsplanung des Landes entsprechen.» Mit anderen Worten: Die Lebensgrundlagen eines Landes geben einen Rahmen vor, zu dem seine Bevölkerungszahl nicht in einem zu grossen Missverhältnis stehen darf, wenn der internationale (ausbeuterische?) Handel nicht überstrapaziert werden soll. Nationalrat Glättli aber verkündet, bei der Beurteilung der Umweltbelastung spiele das Bevölkerungswachstum kaum eine Rolle, es zähle nur die Zunahme des durchschnittlichen Konsumniveaus, und er versucht dies für die Schweiz mit untauglichen statistischen Daten zu belegen. Tatsache ist, dass nach Arealstatistik die Vergrösserung der Siedlungsfläche im Zeitraum 1982 bis 2006 zu rund drei Vierteln aus dem Bevölkerungswachstum erklärbar ist. Im Übrigen: Wenn die Grösse einer Bevölkerung nicht wichtig ist, wenn man also die Menschen nicht zählen muss, dann zählen sie auch wirklich nicht. Hat Glättli als Menschenfreund dies bedacht?

Es ist auch klar, dass ein Land, das die «Agenda 21» ernst nehmen will, seine Bestrebungen um Nachhaltigkeit von unten her, von der lokalen Ebene aus, aufbauen muss. Wir sind dort, wo wir leben, verantwortlich für die Erhaltung von Grünräumen, die uns und unseren Nachkommen Lebensqualität im physischen wie im psychischen Sinne bieten und - nicht zu vergessen - auch unseren Mitgeschöpfen Raum lassen. Für die Grüne Partei aber hat die konkrete Umwelt offenbar keine Bedeutung mehr. Sie ist zur abstrakten Grösse in einer globalen Buchhaltung verkommen. Es spiele eigentlich gar keine Rolle, ob Menschen hier oder dort lebten, sie würden die Umwelt so oder so belasten, heisst es. Die Schweiz kann grau werden, das ist egal, solange dafür irgendwo anders mit Grün kompensiert wird. Welche Verirrung und Verwirrung! Das frühere Kernthema der Grünen löst sich allmählich in Luft auf. Jetzt gesellt sich leider auch noch ihre Glaubwürdigkeit dazu.

Dieter Steiner



Dieter Steiner, 81, ist emeritierter Professor für quantitative Geografie und Humanökologie der ETH Zürich. Steiner ist seit 1987 Mitglied der Grünen Partei. Und er gehört zum Initiativ- und Patronatskomitee von Ecopop, welche die Zuwanderung in die Schweiz begrenzen und die Familienplanung in Entwicklungsländern fördern will.